

StOAR Idel stellt die SV vor.

RM Bruns erinnert an den einstimmig gefassten Ratsbeschluss zum Haushalt im Dezember 2022, als bereits absehbar war, dass es einen Nachtragshaushalt geben wird. Der Schuldenstand wird sich bis Ende 2026 voraussichtlich auf rund 31,5 Millionen Euro erhöhen. Der Stadtrat ist zum Handeln verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept ab 2024 ist zwingend zu erstellen. Erste Vorschläge für die Verringerung der Aufwendungen im Ergebnishaushalt wurden bereits diskutiert und beraten. Hier muss nun von Rat und Verwaltung konzentriert weitergearbeitet werden. RM Bruns bittet, in seiner Funktion als Fachausschussvorsitzender, um Zustimmung zum vorliegenden Nachtragshaushalt.

RM Kasig erklärt die Ablehnung des Nachtrags durch die SPD-FDP-Gruppe und begründet dies mit der Abgabe der Kitas an den Landkreis, welche zu der bekannten Erhöhung der Kreisumlage geführt hat – vor diesen finanziellen Auswirkungen hatte er seinerzeit mehrfach gewarnt. Vorschläge zur Kostenreduzierung wie z.B. das Projekt HFC-Schoost sowie die, nach wie vor fehlenden Verträge bezüglich der Kita-Gebäudefrage mit dem Landkreis, wurden bisher ignoriert. Somit ist der Nachtragshaushalt ihrer Meinung nach, das Ergebnis verfehlter politischer Entscheidungen, welche die Verwaltung nicht zu verantworten hat.

Der kurzfristig durch die Mehrheitsgruppe beantragte Liste mit unpopulären Vorschlägen zur Kürzung von freiwilligen Leistungen, wird die SPD-FDP-Gruppe mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zustimmen, da diese zu Lasten der so wichtigen und wertvollen Schortenser Vereine und Dorfgemeinschaften geht. Dies hätte zur Folge, dass der Bereich Ehrenamt keine Zukunft mehr hat. Dieser Schaden wäre weitaus größer, als der vorliegende Nachtragshaushalt.

RM Homfeldt widerspricht den Aussagen. Der Sitzungsvorlage der Verwaltung aus Februar 2023 ist deutlich zu entnehmen, dass die Übernahme der Kitas durch den Landkreis dem Haushalt der Stadt Schortens ab 2024 einen siebenstelligen Plusbetrag einbringt, da die Kostenverteilung nicht mehr 2/3 zu 1/3 beträgt, sondern nunmehr 50/50. Dieses Plus ist im Haushalt nur nicht mehr erkennbar, da es inzwischen viele andere Kostenpunkte gibt, welche diesen Positiveffekt verblässen lassen. Beispiele hierfür stellen die Erhöhung der Personalkosten durch den aktuellen Tarifbeschluss für die öffentlich Bediensteten sowie der zu erwartende, drastische Anstieg der Energiekosten aufgrund des neuen Liefervertrags ab Anfang 2024, dar. Unterm Strich wird dem Haushalt im kommenden Jahr mindestens eine siebenstellige Summe fehlen. Die 3,4 Millionen zusätzliche Kreisumlage, also der künftig zu zahlende Anteil an der Kinderbetreuung im Vergleich zu vorher 6,2 Millionen Zuschussbedarf sollte für jeden als deutliche Verbesserung erkennbar sein.

Bezüglich der, von RM Kasig erwähnten politisch verfehlten Entscheidungen, entgegnet RM Homfeldt, dass in den 11 Jahren der SPD-Mehrheit im Stadtrat nichts entschieden, sondern lediglich Geld ausgegeben wurde, was zu einer drastischen Erhöhung des Schuldenstandes geführt hat. Vor den wirtschaftlichen Folgen hat er jedes Jahr neu gewarnt. Die Kommunalaufsicht mahnt im Zuge der Haushaltsgenehmigung seit Jahren den Anteil der freiwilligen Leitungen (3 Millionen Euro) am

Haushalt an. Daher hat die Mehrheitsgruppe den Prüfauftrag für diesen Bereich erteilt. Ein derart hoher Schuldenstand ist einfach nicht akzeptabel, zumal die Zinsen auch für Kommunen mittlerweile zwischen 3 und 4% liegen. Dieses Geld fehlt an anderen Stellen in der Stadt wie z.B. Bürgersteige, Turnhallen und Gebäudeunterhaltung. Weiter stimmt RM Homfeldt der Aussage von RM Kasig zu, dass die Vereine wesentlicher Bestandteil für die Lebensqualität unserer Stadt sind. Aber auch die Vereine haben nichts davon, wenn zukünftig von der Kommunalaufsicht gesagt wird, was in der Stadt noch getan werden darf und was nicht. Er betont die Wichtigkeit der Kommunalen Selbstverwaltung und die Notwendigkeit den Doppischen Haushalts mit Hilfe von Haushaltszielen, welche „SMART“ (spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminierbar) sein müssen, zu steuern.

BM Böhling nimmt Stellung zu den bisherigen Wortbeiträgen. Seiner Meinung nach wäre das Schoost-Projekt in der Tat eine tolle Sache gewesen, für alle Beteiligten. Auch hat er seinerzeit für die Kostenübernahme der 7.500 Euro für den Mühlenverein Accum für die Erstellung eines Geräteschuppens gestimmt. Beides war aber politisch mehrheitlich nicht gewollt und damit nicht mehr zu ändern.

Bezüglich der 3 Millionen Euro freiwilligen Leistung gibt BM Böhling den Hinweis, dass es diesen Betrag auch schon vor 2011 gab, er erinnert insbesondere an das damalige Aqua Toll, was allein schon rund 1 Million Euro Zuschussbedarf pro Jahr bedurfte.

Weiterhin gibt er zu bedenken, dass die Erhöhung der Kreisumlage nicht alleine auf die Abgabe der Kitas an den Landkreis, sondern auch auf die generelle Erhöhung um 2 Punkte zurückzuführen ist.

Abschließend richtet BM Böhling einen Appell an die Vertreter aller, insbesondere der Regierungsparteien in Niedersachsen. Niedersachsen hat den schlechtesten kommunalen Finanzausgleich in ganz Deutschland. Die Parteivertreter sollen bitte in der aktuellen Diskussion des Themas mit dafür sorgen, dass die Kommunen in Niedersachsen besser ausgestattet werden. Aktuell gibt es im Landkreis Friesland keine einzige Kommune mit einem ausgeglichenen Haushalt. Kommunen sind strukturell dauerhaft unterfinanziert, daran muss sich etwas ändern. Deshalb muss auch die Option der Streichungen von freiwilligen Leistungen in Erwägung gezogen werden, auch wenn dies ggf. unpopuläre Maßnahmen zur Folge hat, welche eigentlich von niemandem gewollt sind.

RM Ottens nimmt Bezug auf den Redebeitrag von RM Kasig zur Ablehnung der Kostenübernahme der 7.500 Euro für den Geräteschuppen der Accumer Mühle durch den Rat. Er erklärt, dass die Fraktionen CDU und B90/DIE GRÜNEN zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit im Stadtrat hatten und die Aussage, die genannten Parteien hätten die Kostenübernahme verhindert somit falsch ist.

RM Just stimmt der Darstellung von RM Homfeldt zur Thematik Kreisumlagerhöhung. Das Haushaltsdefizit wäre ohne die Abgabe der Kitas an den Landkreis sogar höher ausgefallen als ohne diese. Auf der anderen Seite bedauert die Fraktion Freie Bürger ebenfalls das Nichtzustandekommen des Schoost-Projekts.

RM Kasig geht auf den Redebeitrag von RM Homfeldt, konkret die Aussage zur Wichtigkeit der kommunalen Selbstverwaltung ein. Er stellt sich die Frage, warum dann die Kitas an den Landkreis abgegeben wurden, denn dies ist ein wichtiger Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, hier hätte man steuern können. Und für die Einigungen mit dem Landkreis bezüglich der Gebäudefrage tickt die Uhr. Von dort werden sicherlich keine Millionen für diese gezahlt. RM Kasig bezeichnet diese Entscheidung als kapitalen Fehler der Mehrheitsgruppe.

RM Homfeldt widerspricht. Es geht nicht allein um Geld. Die Anforderungen an die Kita-Mitarbeitenden steigen seit Jahren enorm. Es muss immer mehr Erziehungsarbeit geleistet werden, hier braucht es gut ausgebildetes Personal, was entsprechend Geld kostet. Schlussendlich muss ebenfalls die Verwaltung so aufgestellt sein, dass dies alles (Personal, Eltern, Konflikte usw.) zu managen ist. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, welcher bis 2026/2027 hinzukommt, wird das Aufgabenpaket für unsere verhältnismäßig kleine Verwaltung einfach zu groß. Die Abgabe der Trägerschaft ist somit ein Akt der Notwehr (in Bezug auf die bisher unfaire Kostenverteilung), aber auch der Fürsorge für alle Mitarbeiter*innen der Kitas und der Stadtverwaltung.